

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1882

103 (2.5.1882)

Dienstag, 2. Mai 1882.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 28. April. 64. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer (Fortsetzung aus Nr. 101).

Abg. Lamey: Es wird Sie, meine Herren, nicht in Erstaunen setzen, wenn ich heute das Wort ergreife, denn ich bin in doppelter Beziehung bei dieser Einrichtung theilhaftig: erstens als Derjenige, dem sie ihren Ursprung verdankt, zum andern als Derjenige, der seit er in Mannheim ist, mit Liebe, Treue und Sorgfalt und wie ich glaube, auch mit Erfolg und mit voller Zustimmung des Kreises Mannheim die Leitung des Kreises besorgt hat, wobei ich gleich bemerken will, daß in dem Kreis Mannheim unter den Kreisabgeordneten sich keine Abneigung gegen den Kreis kund gegeben hat. Ich muß gestehen, daß ich mich einigermaßen gewundert habe, daß gegenüber der Motionsanzeige, welche nur von der Aenderung der Kreisverfassung spricht, und bei der mir von einigen Seiten bemerkt worden ist, daß man nicht die Aufhebung der Kreisverfassung verlange, schließlich der Antrag eingebracht ist, der die Auflösung der Kreisversammlung enthält, und zwar, wie ich gestehen muß, aus Motiven, deren Unrichtigkeit sehr stark ist, die sogar so weit unrichtig sind, daß sie wie bei der Landarmen-Pflege absolut falsche Zahlen über die Leistung der Kreise angeführt haben; auch aus Motiven, deren Kleinlichkeit ich zu verkennen und zu verschweigen nicht im Stande bin. Auch was der Herr Abg. Röttinger vorgebracht hat, schien mir eine recht passende Erörterung für die Kreisversammlung zu sein, ob ihre Kreisanstalten nicht vielleicht manche Mängel in der Verwaltung haben, oder ob da oder dort vielleicht eine Winterschule als überflüssig erscheint, weil sie nicht genug Besucher hat; aber was das für Gründe für die Aufhebung der Kreisverfassung sind, das, meine Herren, ist mir zu rund einzusehen. Meine Herren! Wenn das Gründe zur Aufhebung der Kreisversammlung sind, dann geben Sie sämtliche Gemeinderäte, Stadträte, Bürgermeister auf, ja die ganze Regierung, über die auch da und dort diese und jene Klagen bestehen. Ich habe bei Gelegenheit der Rede des Herrn Abg. Klein bemerkt, daß die Herrn von dieser Seite ein gewisses Mißbehagen äußern über die Erwähnung, daß in den Kreisversammlungen, in den Bezirksräthen unbefangene und ohne Rücksicht auf die Partei gewählt worden sei. Wenn es in der That eine Institution gibt, bei welcher die Partei gar nichts sagen sollte, sondern bei der sie nur gemeinsam das materielle Interesse ihres Kreises befördern sollte, so ist es die Kreisversammlung. Allein ich weiß ja, daß in den Kreisversammlungen die Seite, die nun von mir links sitzt, nicht stark vertreten war. Warum weiß ich nicht. An sich und mit den Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, hätte sie gewiß Sitze in den Kreisversammlungen erhalten können; allein die Kreisversammlungen bieten allerdings kein Moment, woraus man Kapital für eine Richtung dieser Art machen könnte, sondern es sind Interessenversammlungen, in denen es nur gilt, das Beste von mehr materiellem Inhalt einzuführen für das Wohl des engeren Bezirks, in welchem die Kreisversammlung zu tagen hat. Wer dafür sich interessiert, ist willkommen und ich würde Jeden Ihrer Richtung hochwillkommen heißen, wenn er mit voller Thatsache sich auch für diese Fragen einsetzt und an ihnen Theil nimmt. Sie können mir daher nicht verdenken, daß ich einigermaßen zu den Motiven, die ich in dem Röttinger'schen Antrag gelesen habe, noch andere mich persönlich betreffende Motive wenigstens in Betracht ziehen muß. Es scheint mir doch, daß wir seither einige Gesetze aufgehoben haben, die aus dem Ministerium Jolly herrühren, auf dem vorigen Landtag das Gesetz über die Prüfungen, auf diesem Landtag das Gesetz über den Revers. Nun, meine Herren, diese Aufhebungen sind mit meiner vollkommenen Billigung nicht nur, sondern auch mit Vergnügen von mir geschehen; denn die Herren, die wissen, wie ich darüber gedacht habe, wissen, daß die malitiose Bemerkung völlig unbegründet ist, die ein Herr in einem Broschüren gemacht hat, als ob ich aus Malice gegen den Staatsminister Jolly, vor dem ich alle Achtung habe, wenn er auch nicht allemal die Regierung so geleitet hat, wie ich in meiner zum Theil mehr partikularistischen, zum Theil ideelleren Anschauung gewünscht habe, bei dem Prüfungs-Gesetz aufgetreten wäre.

Der Hr. Abg. Koppert hat an dem Tag, an dem die Prüfungsverordnung erlassen worden ist, einige Worte dagegen gesprochen. Ich habe an demselben Tag meine Zustimmung zu diesen Worten erklärt. Es war das im Jahr 1867 und was 1879 in dieser Beziehung geschehen ist, ist nichts als das, was ich stets gewünscht habe und wovon ich sehr häufig mit den Herren von drüben als von meiner Uebersetzung gesprochen habe, was auch der Hr. Abg. Lender bestätigen kann. Dasselbe ist mit dem Revers der Fall. Ich war für den Revers nicht nur nicht passionirt, sondern ich bin ein Feind des Reverses gewesen. Ich habe aber nichts zu sagen gehabt, ich saß auf dem Präsidentenstuhl. Sonst habe ich meinen Freunden und den Herrn drüben erklärt, daß ich die größte Lust gehabt hätte, wegen des Reverses gegen das Gesetz zu stimmen. Also diese beiden Gesetze sind mit meiner Zustimmung aufgehoben worden. Das aber, um das es sich jetzt handelt, scheint mir in eine Periode herinzugreifen, die in meine Verwaltung hineingehört, und da können Sie mir nicht zumuten, daß ich ein beson-

deres Vergnügen an dieser Aufhebung habe. Es scheint mir, als ob man aus den 70er in die 60er Jahre übergehen will. Ich weiß nicht, ob man am Jahr 1863 stehen bleiben, oder ob man auch auf's Jahr 1860 übergehen will. — Es ist damals ein Gesetz gemacht worden das Sie alle kennen, das anfangs viel angefochten wurde, nachher aber so sehr die Billigung erhalten hat, daß gerade bei Gelegenheit der vor zwei Jahren stattgehabten Berathung in einem Gutachten des jetzigen Verweisers des Erzbisthums ich dieses Gesetz als ein wahrhaft liberales, dessen Bestimmungen man in allen Richtungen befolgen soll, zu meinem eigenen großen Vergnügen habe preisen hören. Aber es gibt auch Aenderungen in der Stimmung; es könnte auch einmal wieder eine andere Meinung kommen und dann auf's Jahr 1860 zurückgreifen. Ich bin daher sehr vorsichtig in Beziehung auf das Gesetz von 1863. Aber nicht das ist eigentlich der Grund, warum ich den Antrag bekämpfe, sondern die innere Natur dieses Antrags, der etwas zu vernichten droht, was als junge Pflanze für die kurze Zeit seines Bestehens sehr hübsch aufgewachsen ist und was noch verschiedene Früchte zu tragen verspricht, größere Früchte als bis jetzt, wenn man dasjenige beiseite läßt, was nicht in der Institution gelegen ist und nicht von mir herrührt, sondern was in einem Augenblick, in dem man die Staatsmittel vermindern wollte, weil man einen großen Staatsbedarf hatte und daher Geld auf indirekte Weise hereinbekomme wollte, hereingefügt worden ist. Es ist, meine Herren, wie ich noch bemerken will, in Beziehung auf die Periode der Jahre 1860/66 meine Meinung, daß Sie keine Ursache haben über diese zu klagen. Sollte vielleicht in der jetzigen Generation einigermaßen die Erinnerungen dieser Periode verschwunden sein, so kann ich doch mit Ruhe und Befriedigung sagen, daß das Großherzogthum Baden noch selten 6 Jahre hinter einander so gut, zufrieden und glücklich zugebracht hat, wie in dieser Periode. Ich bin zwar weit entfernt, es mir zuzuschreiben, die Ursache liegt zum Theil in der vorhergegangenen Periode, die unter dem Druck der Erinnerung an's Jahr 1848 noch manche Erquickungen des bürgerlichen Lebens mit sich gebracht haben.

Es liegt auch zum Theil in der Güte der Vorsehung, die uns meistens mit guten Ernten gesegnet hat, es liegt aber auch, meine Herren, zum großen Theil in der freundlichen Gesetzgebung und in der Haltung der Regierung und in der gewissenhaften Art ihrer Verwaltung, die sie damals vorgenommen hat. Dessen ungeachtet war man damals auch nicht allgemein zufrieden. Es kam der bekannte Schulsturm über die Orts-Schulräthe. Meine Herren, ich habe die Befriedigung, trotz der vielen Klagen, die darüber gehalten worden sind, trotz der ausgezeichneten „Pini“, die in katholischen Versammlungen über mich ertönt, daß der erzbischöfliche Verweiser später erklärt hat, eigentlich sei an der ganzen Geschichte nichts. Also es ist sogar dieser Sturm von meiner Verwaltung abgezogen als einer der Irrthümer, die damals begangen worden sind, und mit der That kann ich ihn mit Befriedigung abziehen; denn, meine Herren, Sie würden heute sehr froh sein, wenn Sie das damalige Schulaufsicht-Gesetz mit seiner konfessionellen Schule und seiner Eintheilung wieder erhalten könnten, was aber nicht möglich sein wird. Im Uebrigen war die Verwaltung damals sehr sparsam. Der Herr Finanzminister hat Ihnen neulich das gesagt; ich muß aber gerade deshalb, weil ich damals nicht zum Wort kam, darauf zurückkommen, und insofern müssen Sie mir diese Abschweifung verzeihen. Wir haben nicht nur viel Geld in die Amortisationskasse hineingebracht, wir haben auch viele Schulden getilgt, wir haben fleißiger Schulden getilgt als jetzt; wir haben an der Staatsschuld namhafte Beträge, gegen 700,000 fl., alle Jahre getilgt, und zwar in einem steigenden Tilgungsfond, und wir haben in die Eisenbahnen noch Ueberschüsse hineingelegt, die nachträglich zu den Dotationsüberschüssen gehört haben, die man zu meinem Bedauern nachmals verbraucht hat. Wir haben das aber nicht gethan etwa aus Geiz, meine Herren, sondern wir haben es in der weisen Vorsee gethan, daß man für die Finanzverhältnisse eines Landes — und in dieser Beziehung hat das Bezug auf das, was ich nachher noch sagen will — sparsam sorgen muß; weil Sparen nicht heißt, in dem einen Jahr irgend einem Gegenstand etwas abzwacken, sondern Sparen heißt auch für die Zukunft sorgen. Man würde denjenigen Familienvater für einen elenden Hausvater halten, der noch seine Kinder und vielleicht noch seine Enkel zu bedenken hat, und der seine Einnahmen von einem Jahr nähme und sagte: Darüber kann ich verfügen wie ich will, und der dabei nicht an seine Kinder dachte. Der Staat aber ist noch in viel höherem Grad diese Familie. Er muß ebenso wie die Familie für die Kalamitäten künftiger Jahre sorgen und muß, wenn er ein Herz für's Volk hat, auch dafür sorgen, daß den künftigen Geschlechtern keine Lasten und Schulden der Väter aufgebürdet werden, sondern daß sie wo möglich in eine bessere Lage kommen, als die gegenwärtige Generation. Das ist meiner Ansicht nach das rechte Gefühl für den Mann des Volkes. — Wir haben das Geld damals zurückgelegt, um es bei der Reorganisation der Volksschule und gegenüber den dürftigen Gehältern der Schullehrer und gegenüber der Grausamkeit von den Gemeinden, sehr hohe Ansprüche zu machen, zu verwenden. Um diese Schulorganisation einführen zu können,

und dann um feinerzeit eine allerdings nur indirekte Abgabe, — aber eine, die nach meiner Ansicht viel lästiger ist als die direkte Grundsteuer, die wir neulich ermäßigt haben — die Liegenschaftsaccise zu befeitigen, und wenn Sie fragen, ob das richtig ist, so können Sie den Bericht des damaligen Herrn Finanzministers zum Budget lesen. Dort stehen die beiden Dinge d'rin. Leider ist unsere gute Absicht vollständig vereitelt worden, allein, meine Herren, es blieb doch noch für das Land etwas sehr Vortheilhaftes. Denn das hat Ihnen der Herr Finanzminister gesagt, daß ohne die Sparjamkeit, die wir geübt hatten, das Land nach 1866 in eine sehr schlimme Lage gekommen wäre.

Nun, meine Herren, will ich wieder zur Sache selbst zurückkehren. Außer dem Grund, den ich vorhin angeführt habe, den ich nicht in dem Sinn unterstellen will, daß ich annehme, als sei das eine bewußte Absicht von Ihnen, die Gesetzgebung von 1860 zu beeinträchtigen — aber ich konnte es mir nicht versagen, den kleinen Schein in Betracht zu ziehen, der entstehen könnte — außer diesem Grund wird namentlich die Abneigung der Bevölkerung gegen die Kreisverfassung hervorgehoben und dann die Ungeschicklichkeit unseres Landes in seiner Konfiguration, nach der es sich schwer in Kreise eintheilen lasse. Was nun die Abneigung der Bevölkerung betrifft, meine Herren, so will ich dies in vielen Kreisen nicht in Abrede stellen, aber Sie müssen auch auf die Motive dieser Abneigung einige Rücksicht nehmen. An sich liegt in der Kreisverfassung kein Grund zur Abneigung. Der erste Grund zur Abneigung kam, als die Landstrafen auf die Kreise gewälzt worden sind, und zwar deshalb, weil die Straßen die Kreise durchaus nichts angehen und die Kreise nichts damit zu thun haben, weil man aber sagt: Weil ihr in Karlsruhe und Freiburg Selbstverwaltung habt, so müßt ihr so und so viele Tausend Mark zur Straßenunterhaltung beitragen. Die Straßenunterhaltung ist ja keine Aufgabe der Kreise. Wie kann man also verlangen, daß sie von den Kreisen getragen werde? Ich habe, als das Straßengesetz erlassen worden ist, noch zu den Herren vom Ministerium gesagt: Das ist der Tod der Kreisverfassung, und, meine Herren, wenn es sich nicht in dem Maß bewährt hat, so haben die Kreise in ihrer sonstigen Thätigkeit dies verursacht, weil nachgerade diese Summen für Landstrafen nicht mehr als so horrend erschienen gegenüber den anderen Ausgaben der Kreise, als sie ursprünglich erschienen sind — ich werde Ihnen zwar nachher noch beweisen, daß es mit diesen Summen auch noch keine eigene Bewandniß hat. — Obwohl ich also einverstanden bin, daß man von diesem Aufwand die Kreise entlastet, so verstehe ich doch darunter, daß man ihn auf die Staatskasse überträgt, nur so, daß man dem Staat überläßt, ihn zu holen wo er zu holen ist und wo es billig ist, ihn zu holen, sei es aus der allgemeinen Staatskasse oder in anderer durch ein Gesetz bestimmter Weise, aber ja nicht durch diese Kreise, die daran keinen Antheil haben; denn es ist nicht richtig, eine sich selbst verwaltende Institution zum Steuerzahler zu degradieren. — Nun, meine Herren, kam später noch dazu, wovon auch schon die Rede war, das Landarmen-Wesen. Das Landarmen-Wesen würde sich nach meiner Ansicht nicht ganz unschicklich an die Kreise anfügen, und ich besorge, meine Herren, wenn wir einen Gesamt-Landarmen-Verband haben, daß die Klagen über denselben noch größer werden als die unter den Kreisen bestehenden. Das Landarmen-Wesen hat aber eine sehr peinliche Seite für die Kreise. Es verlangt von ihnen eine große Anzahl einzelner Entscheidungen über die einzelnen Fälle, die sehr mühsam sind und die eine große Arbeitslast ausmachen. Ich kann Sie bei diesem Umstand darauf aufmerksam machen, daß ich Kreisvorstand bin und daß ich fast Alles selbst besorge, was allerdings meine Thätigkeit für den Kreis sehr stark in Anspruch nimmt, und wenn Sie einen Beihelfer zu Ihrem Antrag haben, so ist es meine Frau, die wohl sagt: Ach, mit dem dummen Kreis, da hast du zu gar nichts Zeit.

Das Landarmen-Wesen legt sich aber nicht als übermäßige Last mehr auf die Kreise dadurch, daß das, was die Kreise zahlen müssen, auf ein Minimum heruntergedrückt ist. Es ist eine gleichmäßige Verteilung der ganzen Armenpflege unseres ganzen Landes eingetreten. Dessen ungeachtet bin ich nicht dagegen, daß das Landarmen-Wesen dem Staat übertragen wird. Ich besorge nur, und ich setze vielleicht voraus, daß es später wiederum an die Kreise mit einem Antrag aus diesem hohen Haus gebracht werden wird. Das hat aber nichts zu sagen. Meine Herren! Das Landarmen-Wesen kann einmal da sein, einmal dort, das geht immer; wenn Sie aber den Kreisen einmal den Garaus gemacht haben, so bin ich durchaus nicht der Meinung, meine Herren, wie der Herr Abg. Klein, daß sie sich in irgend einer oder der anderen Form wieder austrichten, sondern sie werden in Menschengedenken wenigstens nicht wieder eintreten, weil es längere Zeit kostet, um diese Kreise aufzubringen aus einem kleinen Anfang zu etwas Erheblichem. Sie werden nicht glauben, daß der badische Staat in der Art, wie der preussische, den Kreisen von vornherein ein Vermögen von etwa einer Million zur Verfügung stellen kann. Ich wünsche das auch nicht, denn ich würde besorgen, daß die Kreise, wenn ihnen ihre Aufgaben nicht vorgezeichnet sind, in der Thorheit der Menschen, wenn sie viel Geld sehen, allerlei Dinge einrichten würden, die nicht dem wirklichen Nutzen

des Volks dienen und zur Aufgabe der Kreise gehören. Ich wünsche das gar nicht, wenn ich auch vorn herein gewünscht hätte, daß gewisse nützliche Institute durch einen Beitrag des Staates unterstützt worden wären.

Die Presse, meine Herren, kümmert mich auch nicht. In der Presse habe ich außer einigen Artikeln, in welchen einige mit dem Wesen der Kreise selbst bekannte Männer sich haben hören lassen, bis jetzt bemerkt, daß von den Kreisen die Leute überhaupt, glaube ich, keine rechte Idee haben. Es betrifft das aber nicht allein die Kreise. Meine Herren! Wenn Sie in unserer Presse nachlesen, — wenn ich das grausame Urtheil auch nicht aussprechen will, das der Hr. Abg. Bär im Unmuth über persönliche Beleidigungen ausgesprochen hat — so kann ich doch meine Ueberzeugung dahin aussprechen, daß in der Presse eine grenzenlose Ignoranz über staatliche Dinge herrscht. Sobald es sich einigermassen um Detailfragen oder um einen Gesamtüberblick handelt, ist kaum ein unterrichteter Vertreter der Presse vorhanden, der davon, z. B. nur von unserem Staatsbudget und seinen Konsequenzen eine genügende Idee hat. Wenn also in der Presse, in die sich ohnehin gern alles das Ueberflüssige flüchtet, für das an sich Niemand ein Interesse hat, das aber etwas ist, was den Einzelnen genirt oder beleidigt, in die sich Anzeigen flüchten über Dinge, die überhaupt gar nicht in die Presse gehören, keine Sympathie für die Kreise sich ausspricht, so kümmert mich das nicht. Ich werde nachher Gelegenheiten haben, zu zeigen, wie eigenthümlich in dieser Beziehung die Urtheile der Presse sind.

Es ist in dem Bericht des Hrn. Abg. Röttinger unter anderem auch die schwache Betheiligung bei den Wahlen angeführt worden. Nun, meine Herren, es will da ein anderer Wahlmodus eingeführt werden. Wie die Eisenbahn die Hilfe für alle nothleidenden Gegenden sein soll, so ist uns heute gesagt worden, daß die direkte Wahl ein Institut gegen alle schwache Betheiligung an den Wahlen ist. Das ist aber nicht wahr. Die schwache Betheiligung kommt daher, daß wenn man einmal in einer Gemeinde weiß, wen man wählt — das gilt der gestrigen Diskussion — es nicht alle Leute für nothwendig halten, auf's Wahlbureau zu laufen und ihre Stimme abzugeben, sondern daß man zufrieden ist, wenn es so viele thun, die als nothwendig es thun müssen. Das finden Sie in andern Vereinen ebenso, sogar in freiwilligen Vereinigungen, wo doch mehr Interesse sein sollte, wenn man jährlich 30, 40 M. Beitrag bezahlt. Schreiben Sie aber eine Vorstandswahl aus, so lese ich alle Augenblicke in der Zeitung, daß es heißt: Wegen Mangels an Betheiligung an der Vorstandswahl werden die Mitglieder dringend aufgefordert, doch innerhalb weiterer 8 Tage ihr Wahlrecht auszuüben. Wenn aber einmal ein Streit unter den Mitgliedern über die Vorstandswahl ist, dann, meine Herren, laufen sie Alle am ersten Tage hin. Das geht nun einmal so. In den Kreisen haben sich noch keine solche sich leidenschaftlich gegenüberstehende Parteien gebildet und deshalb sind die Leute auch nicht so gelaufen.

Es haben die Kreise überhaupt an politischen Dingen sich noch mit Recht sehr wenig betheiligt, es sind einzelne Kreise, wie wir aus einer früheren Diskussion gehört haben, die sich mit der Frage der amtlichen Anzeigebblätter beschäftigten, aber sonst weiß ich in der That kaum einen, der mit irgend etwas Derartigem sich beschäftigt hat und die Frage, ob ein Amtsverfändiger nothig ist oder nicht, das ist natürlich auch keine Aufgabe für die Kreise, das ist eher eine Aufgabe für dieses Haus. Es ist neben diesem Umstande auch die Abneigung der großen Städte angeführt worden und namentlich der Residenzstadt Karlsruhe. Aber meine Herren! Es wird mir Niemand nachsagen können, daß ich jemals um der besonderen Interessen einer Stadt oder eines Bezirks willen, den ich zu vertreten die Ehre hatte, die allgemeinen Interessen des ganzen Landes vergessen und vernachlässigt habe, zumal wenn meiner Ansicht nach dieses Interesse nicht einmal vorhanden ist. Es ist also speziell die Stadt Karlsruhe angeführt worden als diejenige, die sich gegen die Kreise erklärt habe, sie wird aber zufrieden sein mit dem, was wir heute beschließen; wenn die Landstraßen-Unterhaltung dem Kreis abgenommen wird, wird sie zufrieden sein. Aber worauf beruhen denn die Klagen der Stadt Karlsruhe bezüglich derer sie sich an Mannheim anschließen wollen, die Stadt Freiburg hat sich ohnehin schon angeschlossen durch ihren Vertreter hier in diesem Hause, worauf beruhen die Klagen? Ich will nur im Voraus darauf aufmerksam machen, daß sie auf der Meinung beruhen, daß die Städte außerordentlich prägraviert seien, daß sie Geld ausgeben müssen für Dinge, die lediglich den Landgemeinden zu gut kommen. Ich muß nun ein Wort über die Gestaltung unseres Landes in Bezug auf die Bildung der Kreise erwähnen; wenn dieser Gestaltung unseres Landes Klagen entspringen sind, meine Herren, so waren diese Klagen nur vorhanden oder nur berechtigt darüber, daß unser Land eine so lange Form hat und deswegen für die Centralregierung keinen genügend guten Platz, wie etwa das Königreich Württemberg, habe, das ja nach dem Abg. Meyr der Musterstaat für uns geworden ist, wir können also keinen solchen Centralpunkt haben, wie ihn das Königreich Württemberg in seiner Hauptstadt Stuttgart besitzt, allein wir können einmal das Großherzogthum Baden nicht so rund machen, wie das Königreich Württemberg, sondern wir müssen es in der Gestalt behalten, wie es eben ist, und da findet sich freilich kein Punkt heraus, wie Stuttgart, dessen ungeachtet liegt aber Karlsruhe ja ganz bequem, die Herren sind ja sehr gerne da. Nun sind gewiß die Interessen des Taubergrundes und die der Bodenseeregion sich nicht sehr entsprechend und dennoch ließen sie sich vermitteln und mußten sich vermitteln lassen.

Es hat sich ja wohl das Unterland, z. B. die Pfalz und der Kreis Mannheim, der kaum 1 Pfennig für den Bau von Land-

straßen jemals aus der Staatskasse bekommen hat, so lange er bei Baden existirt, hier und da einmal beschwert, daß wir so furchtbar viel Geld für das Oberland für Straßen aufwenden. Nun, meine Herren, ich sage, es hat sich doch stets eine Ausgleichung der Interessen in diesem sehr heterogenen Körper gefunden, und wenn manchmal lokale Dinge zu sehr in diesem Hause betont worden sind, so war doch mehr oder weniger immer die Regierung in der Lage, einen billigen Ausgleich für die verschiedenen Landestheile zu finden. Das ist aber doch etwas ganz anderes bei der Kreiseinteilung, ei, meine Herren, kein Land ist bequemer einzutheilen, als gerade so ein langer Strich Landes, wie unser Baden, da schneidet man einfach zwischen durch und bekommt diejenigen Landestheile zusammen, die man zusammenfügen kann und die etwa durch ihre Ortslage, durch ihre geographische Lage die nämlichen und ähnlichen Interessen haben. Daß aber im Großherzogthum Baden oder überhaupt in Süddeutschland ein solches Terrain zu finden ist, wie Sie es nach Ihrer Meinung vielleicht in Norddeutschland finden und in seinem Sande, wo alles Sandinteresse ist, das meine Herren! können Sie nicht verlangen und es ist auch nicht nothig, denn wenn man einen Theil eines Kreises in der Ebene hat und einen andern Theil an den Bergen, so lassen sich diese Interessen in einer vernünftigen Verwaltung ausgleichen, und wenn Sie dem Volke vertrauen und ihm statt eines lokalen Interesses einen gewissen Patriotismus und eine genügende allgemeine vaterländische Gesinnung zumuthen, daß es sich nicht überall darum handelt, ob aus seinem Beutel nicht gar zum Wohl des ganzen Landes 1 Pfennig mehr herauskommt, als aus dem Beutel der Nachbargemeinde, so haben Sie genug gleichartige Interessen. In andern Ländern muß man das auch erdulden, oder glauben Sie, daß die bayrische Pfalz z. B. eine Sandebene sei? Oh nein, da ist Berg und Thal neben einander, wie bei uns, oder glauben Sie, daß Bayern von Natur aus gleichartig organisirtes Land sei?

Bayern hat allerdings große Strecken, die Hochebenen sind, es hat aber auch große Strecken, die gerade so, wie bei uns Thal und Berg und alles mögliche neben einander haben, selbst auf der Hochebene ist es nicht so, daß wenn man sie in Kreise einteilen will, daß alles in einem Kreise gleichartig ist, daß man nicht etwa auf der Hochebene, von München will ich einmal sagen, auch ein Stück von dem Hochgebirge nehmen müßte, das gewiß auch andere Interessen hat. Selbst aber in der Sandebene, von der ich gesprochen habe, ist nicht alles so gleichartig, wie Sie glauben, oder sind Sie vielleicht nicht überzeugt, daß die Anwohner am Meere mit ihren Bedürfnissen, da sie eben am Wasser wohnen, eine ganz andere Interessenrichtung haben als die Bewohner des Binnenlandes? Es liegen dort eben solche Verschiedenheiten vor und ich muß behaupten, es ist der größte Irrthum, wenn man glaubt, daß ein Land von der geographischen Lage Badens nicht am bequemsten in Kreise eingetheilt werden könnte. Unbequem ist die Einteilung nur an dem Punkte, wo es sich einmal die Macht, da wo es gegen Willingen hingeht, und es mag der Fall sein, daß es an einem oder dem andern Punkte des Landes auch unbequem ist, aber dafür können wir nichts und das beklagen wir bei vielen andern Dingen und bei andern Verhältnissen mit viel mehr Recht als bei den Kreisen; z. B. bei Eisenbahnen, bei den Gerichtsbezirken, bei den Verwaltungsämtern und noch bei andern Einrichtungen beklagen wir es, daß unsere größeren Städte an den Endpunkten liegen und doch bei der Organisation nicht umgangen werden können. Das ist auch unbequem, das müssen wir aber hinnehmen, also der Grund ist ein solcher, den ich ipso jure für einen der größten Irrthümer halten muß, die man nur begehen kann.

Nun, meine Herren, hat der Abg. Röttinger in seiner Motion sowohl, als auch heute wieder eine kleine Ansammlung anderer Gründe vorgebracht, bei denen er dazu gekommen ist, daß die Kreise aufzuheben seien, es sind das aber lauter Gründe, die sich durch eine Verbesserung der Institution werden beseitigen lassen können. Wenn Sie alles aufheben wollen, was Sie in irgend einer Richtung genirt, was bleibt dann noch übrig? Es gibt ein Sprichwort, das mir gerade nicht einfällt, das aber ungefähr sagt: „Wenn dich etwas genirt, so bringe dich doch gleich selbst um.“ Wenn Sie alles aufheben wollen, was Sie genirt, so muß ich Ihnen gestehen, mich genirt sehr vieles, d. h. es hat fast alles irgend eine Seite, die mich genirt, die Richter, die Verwaltungsbeamten, die Gemeindebeamten, das Staatsministerium, wenn es etwas thut, was mir nicht angenehm ist, kurz es genirt mich wohl alles hier und da einmal, ohne daß ich darum verlange, daß alles aufgehoben wird.

Es soll sodann der Apparat der Kreisverbände komplizirt und kostspielig sein; ich habe mit großem Erstaunen im Programm der ultramontanen Partei oder, wie sie auch genannt wird, der katholischen Volkspartei — ich nenne sie ungerne so, weil ich eine katholische Volkspartei nicht kenne, ich kenne überhaupt nur ein Volk in unserm Lande, nämlich das badische Volk — kurz in dem Programm habe ich gelesen, daß die Kreise so unendlich kostspielig seien. Nun, meine Herren, etwas Unwahres, was auf einer absolut nicht nur mangelhaften, sondern absolut nichtigen Sachkenntniß beruht, ist mir noch nicht vorgekommen. Die Kreise machen die wenigsten Kosten, es gibt keinen höheren städtischen Gemeindebeamten, der nicht eine bessere Befoldung hat, als die ganze Verwaltungsmaschine eines Kreises kostet. Die Kreisversammlung kostet einige hundert Mark. Der Kreisauschuß bezieht je nach Umständen seine Reisefkosten, wenn er eine Reise nothig hat, und sehr bescheidene Diäten, lange keine Diäten, wie sie die Landräthe haben; der Kreisassessor ist unbedeutend bezahlt und vielseltig existirt noch irgend ein Sekretär, der auch einige hundert Mark bekommt, das ist der ganze Aufwand, den wir für die Kreisverwaltung haben, denn Sie werden

doch nicht auch noch das Porto bei dem Landarmen-Wesen dazu rechnen wollen, da die Dinge, die einkommen und fortgehen, doch irgend wohin im Lande gehen müssen, und das wird ebenfugot in Karlsruhe, wie von irgend einem andern Orte aus bezahlt werden müssen; aber wenn Sie es auch dazu nehmen, so kommt doch noch keine Summe heraus, wie sie etwa ein gutbezahlter Gemeindebeamter hat. Ich möchte namentlich hervorheben, daß es eine Eigenthümlichkeit der Kreise, wenigstens bei uns in Baden ist, daß die Beamten umsonst arbeiten, daß sie ihre Mühe, ihre Zeit umsonst oft in größerer Ausdehnung hingeben und man könnte viel eher die Frage aufstellen, ob die Kreise insofern ihrem Zweck dauernd entsprechen können, daß sich immer Leute finden, die das thun, namentlich in der jetzigen Zeit, wo es nach und nach, zumal unter der jüngeren Generation, Mode wird, daß die Leute nichts mehr umsonst thun wollen, das könnte man vielmehr in Frage stellen; allein wenn es einmal soweit im Lande gekommen ist, dann gibt es allerdings für dieses Land keine Interessen der Selbstverwaltung mehr, und dann bin ich dafür, daß man an diesem Tage die Kreisverwaltung abschafft und mit der Kreisverwaltung auch dieses Haus. — Zu den Punkten, die in der Motion des Abg. Röttinger mir aufgefallen sind, gehört auch die Erklärung, die Kreisversammlung sei oft nicht genug unterrichtet. Nun, meine Herren, ich habe Ihnen hier einen Bericht des Kreises Mannheim mitgebracht; er ist gerade so abgefaßt, wie die Berichte der andern Kreise, er ist so abgefaßt, daß Jeder, der sich unterrichten will, hinreichend sich unterrichten kann, geschweige derjenige, der schon längere Zeit in einer Kreisversammlung gesessen hat, und sollte es Leute geben, welche die Berichte nicht lesen, dann sind sie freilich nicht genügend unterrichtet; allein vielleicht gibt es auch in der Kammer hier und da Einen, der einen Bericht nicht gelesen hat, also nicht genügend unterrichtet ist und doch mitstimmt. — Auch der Wahlmodus und das Wahlverfahren sollen höchst komplizirt sein und das direkte Wahlverfahren erstrebt werden. Nun diesen Wahlmodus gebe ich Preis; wenn man ihn rektifiziren will in zweimäziger Weise, so habe ich nichts dagegen; aber etwas muß ich ihm retten, etwas, das vorzugsweise im Sinne der damaligen Periode lag, was aber auch heute noch praktisch und richtig ist.

Die Herren sprechen ja selbst von Interessen-Verbänden, Zünften, Korporationen und Derartigem, was in unser öffentliches Leben eingefügt worden ist. Man hat bedacht, daß die Kreise Verwaltungen sind, welche Dinge schaffen sollen, die Geld kosten, und so kann man nicht ausschließlich durch ein direktes und geheimes Wahlsystem in den einzelnen Ortsgemeinden nach der Volkszahl wählen lassen, sondern man muß die Gemeinden, von denen ja die Kreisumlagen im Ganzen erhoben werden, man muß die Gemeinden dabei betheiligen durch ihre Gemeindevertretungen und man muß die größten Steuerpflichtigen betheiligen, die Grundbesitzer und diejenigen, die sonstige große Geschäfte in einem Kreise haben; diesen Punkt würde ich nie aufheben, er beruht auf der ganzen Natur des Gesetzes. Diese Elemente wurden gerade damals sehr häufig für die Aufnahme in die Gemeinden empfohlen, es waren das freilich mehr die Grundherren, die das Verlangen, in die Gemeinden herein zu treten, auf Grund ihres Grundbesitzes hatten, die Anträge sind ja noch, so viel ich weiß, bis zum letzten Gesetze über die Gemeindeumlagen gegangen, allein ein Privilegium wollten wir nicht machen und haben es auch nicht gemacht, wir wollten es auf den wirklichen Besitz, auf die wirkliche Steuerpflicht gründen. Ich habe vorher bemerkt, daß ich in einem Punkte ganz besonders erstaunt über die Ansichten des Abg. Röttinger bin und derer, die mit ihm die Motion unterzeichnet haben, daß sie an Stelle der gesetzlich organisirten Kreise freiwillige Verbindungen setzen wollen. Ja, meine Herren, freiwillige Verbindungen! wenn Sie nicht einmal Kreise wollen, woher wollen Sie dann freiwillige Verbindungen bekommen? Wir haben vor einigen Tagen eine Petition berathen, wo es sich nur darum gehandelt hat, daß eine Gemeinde, die verbunden ist mit einer andern Gemeinde, um ein Schulhaus petitionirt hat, Sie haben beschlossen, soviel ich weiß, die Petition empfehlend zu überweisen, weil sich die Minorität in der Gemeinde, von der die Petition ausging, im Rechte befindet.

Ich billige das durchaus, wenn eine Minorität recht hat, so wollen wir sie gegen die Majorität schützen, aber ich will daraus nur zeigen, weil man doch in dieser Gemeinde annehmen sollte, daß die Schule ein gemeinsames Interesse für die Gemeinde bildet, daß doch das Geld zahlen niemals ein gemeinsames Interesse unter den Menschen bildet. Sobald sich hier und da die Menschen verbinden, so will meist jeder gleich mehr erhalten als er gibt und sucht oft durch Intrigen und seine Manipulationen es so zu gestalten, daß er einen besseren Profit hat. Freiwillige Verbände sind eine Unmöglichkeit, das können Sie daraus sehen, daß von der Erlaubniß, Bezirksverbände zu bilden, nicht nur nicht Gebrauch gemacht ist, sondern nicht einmal der Gedanke an Beschaffung von Bezirksverbänden noch geäußert wurde. — Nun, meine Herren, komme ich noch an einen Punkt, der den Kreisen zur Last gelegt wird, und das ist der, daß sich eine bürokratische Einrichtung bei denselben geltend mache. Ich muß gestehen, ich weiß in der That nicht, von welchem Kreise der Abg. Röttinger erfahren hat, daß sich bürokratische Einflüsse geltend machen. Es ist meine Absicht nicht, wegen der Herren Landeskommissäre oder wegen der Kreishauptmänner diese Bemerkung zu machen, sondern wegen der Kreisassessor-Beute und der Leute, welche die Kreisversammlung bilden. Die Kreisassessoren, soweit ich sie durch eigene Anschauung selbst habe kennen lernen, und soweit ich von anderen sie habe kennen lernen, also durch Mittheilungen, und soweit ich überhaupt die Vertreter, die Vorstände der Kreisassessoren schon wiederholt gesehen und mit ihnen

verkehrt habe, sind unzugänglich für bürokratische Einflüsse, denn die Bureaukraten haben im Kreise durchaus nichts zu sagen, sie haben nur etwa guten Rath zu geben und zu verhüten, daß Beschlüsse gefaßt werden, die gegen die Staatsordnung, gegen die Staatsgesetze sind, sonst haben sie im Kreise durchaus nichts zu sagen, und die wenigen Kreisassessoren, die sich nicht von der technisch richtigen Meinung der Beamten, sondern von ihrem Einfluß leiten lassen, würden ihre Pflicht höchlichst verlegen, aber ich kenne keine solchen und ich glaube nicht, daß es solche gibt, weil ich überhaupt nicht glaube, daß es den betreffenden Kreishauptmännern und Landeskommissären möglich ist, durch etwas anderes zu wirken, als durch die einfache Darlegung ihrer Gründe. In den Kreisen ist es noch lange nicht so bürokratisch zugegangen, als da und dort in den Gemeinden, denn es gibt tausend und abertausend Dinge, in denen die Gemeinden von den Beamten abhängig sind und unter dem Einfluß der Beamten stehen; die Kreise haben keine Konzeptionen zu vergeben, das ist höchst gleichgültig für alle Kreise. Da ist nicht viel bürokratischer Einfluß möglich. Ich kann in dieser Beziehung sowohl aus meiner eigenen Erfahrung, und nach dem, was ich von den Herren, mit denen ich schon gesprochen habe, hörte, ein Urtheil fällen; als auch nach dem, was ich gesehen habe in den jährlichen Vereinigungen der sämtlichen Kreisassessoren, die meist unter Mitwirkung des Kreishauptmanns und Landeskommissärs des Bezirks stattfinden. Da kam ich nur sagen, daß sich die Herren Beamten immer sehr bescheiden betragen haben, wie wenn sie Kreisassessor-Mitglieder wären, ja noch viel bescheidener in dem Gefühl, daß sie nur guten Rath zu geben und nicht mitzustimmen haben. — Meine Herren, was sind denn diese Kreise und woher kommen sie denn? Ich habe zufällig bei einer andern Gelegenheit, wo ich alte Protokolle dieses Hauses durchgesehen habe, gefunden, daß in einer der frühesten Perioden unseres landständischen Lebens, sei es im Jahre 1819, sei es im Jahre 1821 oder 1822 gewesen, der Abg. Jbstein die erste Motion wegen Einführung der Kreise gemacht hat, diese Motion ist damals vollkommen freundlich aufgenommen worden, allein die Zeit war damals für eine solche Einrichtung noch nicht gekommen. Es ist dann später wohl hier und da wieder in der Kammer vorgebracht worden; eine derartige Organisation, die ja in unsern Nachbarländern rings um uns herum besteht, einzuführen. Denn wenn die Kreise entfernt würden, würden wir in Deutschland einzig in unserer Art dastehen. Es ist dann im Jahre 1848 von dem damaligen Ministerium durch den Staatsrath Beck, der das Ministerium des Innern bekleidete, ein Entwurf vorgelegt worden, dessen Berichterstatter zu sein ich die Ehre hatte. In diesem Entwurfe wurde der Kreisverfassung endlich ein würdiger und wahrer Ausdruck gegeben. Ich habe gestern bemerkt, daß im Jahre 1848 die Menschen und auch ich einigermaßen unter der Atmosphäre einer Zeit athmeten, die sehr radikal war, so daß jener Entwurf so gestaltet wurde, daß bezüglich seiner Bestimmungen an Radikalismus für die Wahlen nichts zu wünschen übrig blieb. Die Partei, von der der Abg. v. Feder gestern gesprochen hat, die sich nachmals bei der badischen Revolution betheiligt hat, hat damals den Regierungsentwurf mit wahren Entzücken aufgenommen und gesagt, ja wenn der Herr Minister öfters solche Gesetze bringen würde, dann würden sie mit dieser Regierung außerordentlich einverstanden sein. Als im Jahr 1863 der Entwurf — der von 1848 kam ja nicht zur Einführung, er ist verschlungen worden in der damaligen Zeit durch die Revolution, die wir im Jahr 1849 gehabt haben und die wir jetzt wieder vergessen haben, ja meine Herren, zu sehr vergessen haben, er ist im Jahr 1863 wieder vorgelegt worden, nachdem schon vorher allerlei derartige Anforderungen im Publikum und in der Presse und von andern Leuten laut geworden sind. Als der Entwurf damals wieder vorgelegt und eingeführt worden ist, hatten ihn gerade die Presse der Herren da drüben mit ganz besonderer Freudigkeit begrüßt und insbesondere, wie ich mich noch ganz genau erinnere, ein sehr spezielles Vergnügen an dem Wahlsystem gehabt. Nun meine Herren, es sind vielleicht noch einige da, die mitgewirkt haben, er wurde einstimmig angenommen seitens der Kammer, ich weiß nicht, ob der Herr Abg. Koppert oder Meyer, einer von Beiden wird wohl zugegen gewesen sein, der Abg. Meyer saß nämlich damals noch da drüben (Heiterkeit). — Was hat man von den Kreisen erwartet und verlangt? Daß sie wachsen und gedeihen, daß sie aus bescheidenen Anfängen durch die Weisheit unserer Landesoberbehörden im Wege der Selbstverwaltung sich entwickeln und in kleineren Bezirken alles das verwirklichen, was der Nation nützlich ist, ich will Ihnen das Verzeichniß dessen lesen, was den Kreisen als obligatorisch vorgeschrieben ist, es sind: „Erhaltung und Anlegung der Straßen, der Brücken, der Kanäle, der Kreissschulen u.“ Glauben Sie denn, daß wir bei der Kreisverfassung damals so thöricht waren, zu glauben, daß in jedem Kreise ein Kanal angelegt werden müsse oder, daß in jedem Kreise eine Brücke gebaut werden müsse, das fiel uns doch nicht ein! Es war die Gelegenheit gegeben, auf gemeinschaftliche Kosten nützliche Werke zu seiner Zeit und nach Bedarf zu erstellen, und diese gemeinschaftlichen Kosten kann man nicht anders erhalten, wenn man für das Kleinere besorgt sein will, als indem man engere Verbände bildet, etwa von der Größe, wie die Kreise jetzt sind, sie hätten auch noch etwas größer sein können, wenn sie nicht mit der Gerichtsverfassung in Verbindung gebracht worden wären, bezüglich ihrer Eintheilung aber daß sie zu klein sind, ihre wirklichen Interessen aufrecht zu erhalten und dafür zu sorgen, für eine solche Behauptung sehe ich keinen genügenden Grund ein. Diese Dinge sollten besorgt werden auf gemeinschaftliche Kosten der Kreise; übrigens ist dabei vorausgesehen, daß wenn eine oder einige Gemeinden einen besonderen Gewinn an einer solchen Einrichtung haben, an der die

andern nur ein geringeres Interesse haben, daß Voraussetzungen von der oder den besonders interessirten Gemeinden erhoben werden dürfen, was auch in verschiedener Form von den Kreisen geschieht. Welches Interesse haben nun die Kreise gemeinschaftlich gehabt, von vornherein keines, man glaube aber, daß an dieser Kreisverfassung etwas herauszuwachsen könne. Wenn damals schon jeder Interessent die Rechnung gemacht hätte, zählt Weierheim nicht zu wenig und Karlsruhe nicht zu viel, ist Philippsburg nicht prägraviert? Wenn jeder das eigene Interesse im Auge gehabt hätte, so wäre es von vornherein am besten gewesen, einer solchen Bevölkerung die Kreisverfassung nicht zu geben, sondern sie einfach unter den Steuerdruck des Staates zu stellen, denn, wer so rechnet, meine Herren, der rechnet mit dem Wohl seiner Mitbürger nicht mit dem Umfange, daß man in einer größeren Verbindung besser in der Lage ist, etwas zu thun, er rechnet in individueller Weise, er rechnet so, wie im Staate überhaupt nicht möglich ist zu rechnen. Wenn im Staate hier und da davon die Rede ist, die Steuern sind zu hoch, man sollte weniger Steuern bezahlen, so sagen die Leute in der Regel, die Stadt Karlsruhe nimmt zu viel Geld weg. Ich will das nicht untersuchen, ob die Stadt Karlsruhe nicht zuviel Geld wegnimmt, ich muß aber gestehen, die Gehalte sind in der Stadt Karlsruhe gegenüber den Lebensmitteln und Mietpreisen derart, daß die Beamten nichts von diesem Gelde wegstören und nicht einmal ihren Kindern etwas ersparen können. Vergleichen Gedanken finden ja natürlich namentlich bei der Ungunst der Verhältnisse statt und es ist nicht zu verwundern, wenn die Leute bisweilen in dieser Weise reden, wenn aber die Staatsvertretung auch noch diese Unterschiede machen wollte, so wäre es rein unmöglich den Staat zu erhalten, man müßte ihn geradezu auflösen und jedem seine eigenen Interessen zu besorgen überlassen.

Das war so in früheren Jahrhunderten, da hat jeder für sein eigenes Interesse gesorgt, die Stadt Nürnberg, die Stadt Augsburg, die kleinen Herren, die Äbte und Bischöfe, sie haben sich abgeperert gegen andere Leute, es hat keiner für den andern etwas thun und keiner für den andern etwas geben wollen. Ich habe heute früh, als ich noch nicht aufstehen wollte, in der Geschichte der Stadt Philippsburg, die wir der Freundlichkeit unseres Kollegen Nopp verdanken, gelesen und gefunden, ich war gerade an der Zeit des spanischen Successionskrieges, daß er sich sehr freundlich über diese herzliche Art, des Eintretens für gemeinsame höhere Zwecke interessirt hat. Er hat eine große und tiefe Verachtung gegen die Kreisstände des Reichs gezeigt, die damals nur ihren eigenen Beutel geschüttelt haben wollten, oder die lieber das Vaterland zu Grund gehen ließen und lieber die Franzosen herüberkommen ließen und sich das 10fache durch Brandschatzung nehmen ließen, als daß sie in den Beutel freiwillig gegriffen haben und einfach das Geld für die Sicherheit Deutschlands und zur Befestigung Philippsburgs hergegeben haben. Ja, meine Herren, das ist dieselbe Empfindung, die einen ehrenhaften Mann überfällt, wenn in dieser Weise mit dem Kreis oder unter den Gemeinden geredet wird. Das Gemeinliche kann nicht anders bestehen als dadurch, daß der Einzelne fragt: was verlangt diese Gesamtheit von mir nach dem bestimmten Vertheilungsfuß? nicht aber: Habe ich Einzelner auch die Vortheile, für die ich bezahlt habe, im vollsten Maße wieder empfangen oder hat am Ende gar ein anderes Glied der Gesamtheit einen kleinen Gewinn mehr gehabt als ich? Wenn Sie so falsch rechnen wollen, so können Sie freilich sagen, daß der X weniger Vortheil als der Y und der Z am Ende keinen hat. Sie sagen aber in der Regel im Staate anders; sie sagen, daß die, welche häufig wenig unmittelbaren Vortheil vom Staat haben, wenn sie die Mittel haben, doch am meisten bezahlen sollen. Warum wollen sie sich beschweren, wenn dies bei den Kreisen nicht ebenso, aber doch in einigermaßen ähnlich ist? Meine Herren! Sie können aus den Dingen, die die Kreise geschaffen haben, ersehen, daß es vorzugsweise Gegenstände der Wohlthätigkeit oder des Straßewesens sind, Gegenstände, die bis jetzt in unserm Lande von den einzelnen Gemeinden oft so schlecht wie möglich und doch theuer besorgt worden waren. Sie können das daraus ersehen, daß die Zahl der Kinder, die in den Kreisen gepflegt werden, sich auf Tausende beläuft, und daß diese Pflege, soweit menschliche Kräfte reichen, nicht viel zu wünschen übrig läßt. Ich kann natürlich nur vorzugsweise auf den Kreis exemplifizieren, den ich genau kenne, es ist das der Kreis Mannheim. Die Kinder, die da in Pflege sind, werden in möglichst guter und zuweilen nicht ganz mit Zustimmung der Stadt Mannheim in ländlicher Pflege untergebracht. Wir fragen nicht darum — wir wollen aber nicht übertheuern, sondern sparsam sein — ob ein Pfleger 10 M. mehr oder 10 M. weniger verlangt, wenn wir die Ueberzeugung haben, daß er dem Kind, das er übernimmt, dasjenige wird und werden kann, was das Kind erhalten soll, ein treuer und sorgfamer Pfleger, ein Mann, der ihn an Vaterstatt dient.

Die Pflege der Kinder, meine Herren, ist nach meiner Ueberzeugung das Verdienstvollste, was die Kreise bis jetzt gethan haben. Sie hat eine Ausdehnung erhalten, die wirklich für das Land fast unentbehrlich geworden ist und die Sie durch nichts ersetzen können, die Sie ruiniren in dem Augenblick, in dem Sie wagen, die Kreise aufzuheben. Sie werden den Kindern dasjenige entziehen, was sie seither gehabt haben; Sie werden sie unbeaufsichtigt wieder in die Gemeinden hinausstoßen oder Sie werden sie der Aufsicht des Oberamtmanns allein übergeben, der diese Aufsicht natürlich entfernt nicht in gleichem Maß führen kann, wie der, der auch in Beziehung auf die Geldmittel etwas zu sagen hat. Wir im Kreise Mannheim dulden z. B. womöglich nicht, daß die Kinder in Anstalten gebracht werden. Die Kinder müssen besonders

dazu qualifizirt sein, wenn wir sie in Anstalten thun, weil wir die Erfahrung gemacht haben, daß die Anstalts-erziehung die bedenklichste ist, die es gibt, so sehr ich auch den guten, liebenswürdigen und loyalen Zweck derer anerkenne, die solche Anstalten begründet haben. Aber in den Anstalten kann den Kindern für ihr künftiges Leben und Fortkommen nicht das Rechte geboten werden, sie werden oft sogar dafür in gewissem Sinn verdoeben. Etwas, was wir in diesen Anstalten überhaupt nicht bieten können und was ich für die Hauptsache halte, ist, daß die Kinder eine Heimath gewinnen, daß sie außer der Pflege ein Haus finden, von dem sie wissen, daß dort mindestens eine Erzieherin ist, die mütterliches Gefühl für sie hat, und das kann keine Anstalt verschaffen und leisten. Man kann nicht ein paar Hundert Kinder haben. Ich will mich über diesen Punkt nicht weiter verbreiten; ich will nur noch eine Bemerkung machen.

Wir haben in Mannheim allerdings eine Anstalt für Kinder unter schulpflichtigem Alter. Diese Anstalt ist in Ladenburg und dient vorzüglich. Wenn die Kinder schulpflichtig werden, so kommen sie in Familien hinein. Es sollen diese Kinder in frühesten Jugend sich an Ordnung gewöhnen. Es werden aber nicht so viele aufgenommen, daß die Pflegerin nicht für sie sorgen konnte. Wir haben auch eine sehr tüchtige Pflegerin gefunden, die allerseits gelobt wird. Wenn Sie in die Anstalt hineingehen, so werden Sie finden, daß Kinder, die elend in die Anstalt hineinkamen, schon nach wenigen Monaten gedeihen. Es gibt dort das nicht, was man sonst als Engelmacherei bezeichnet. Erstmal in diesem Jahr ist ein Kind gestorben, welches nicht krank eingeliefert war, sondern schon einige Jahre in der Anstalt war. Sonst sind nur solche Kinder gestorben, die sehr elend waren und nicht heraufgebracht werden konnten. Auch diese Anstalt, meine Herren, verfällt ihrem Schicksal mit der Aufhebung der Kreise. — Wir haben sodann in den Kreisen eine vielfache Pflege des Bignalstraßen-Netzes. Wir haben im Kreis Mannheim nicht bloß das längst von der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus empfohlene System, daß man gute Straßenwarte aufstellt, um die Bignalstraßen zu pflegen, sondern im Interesse des Kreises und damit wir das Straßewesen auch als Gegenstand der Selbstverwaltung in der Hand halten, haben wir dies System dahin erweitert, daß wir diese Straßen auf unsere eigenen Kosten unterhalten und verbessern. Nun, meine Herren, das Resultat geht dahin, — und das hat dem Kreis in Mannheim in der That Vorbeeren eingetragen —: Die Straßen sind, so weit nicht einzelne wenige überhaupt einer Neuherstellung bedürfen und eigentlich aus unserem Verband ausgeschieden gehören, nahezu so gut wie die Staatsstraßen. Sie sind etwas schmaler, aber sie gleichen den Staatsstraßen vollständig. Sie kosten in der jetzigen Pflege weniger als früher die Gemeinden für schlechtere Straßen aufwenden mußten. Dabei haben wir Gelegenheit, auch nach und nach den Gemeinden, besonders denen im Gebirg, deren Straßen in einem sehr elenden Zustand waren, bessere Straßen zu verschaffen, die stärksten Steigungen zu korrigiren, sie besser zu unterhalten und wir stehen im Begriff, dieses System mit Bewilligung des ganzen Kreises fortzusetzen.

Es wird, da wir nicht jedes Jahr 100,000 M. aufbringen können, allerdings länger dauern, bis die Straßen dieser meist ärmeren Gemeinden vollständig hergestellt sind, sie werden aber bei der Fortdauer der Kreise, wie ich überzeuge bin, hergestellt werden. Das sind Straßen, die der Staat nicht in den Straßenverband aufnimmt. Er wird ohnehin in der Lage sein, eher Straßen auszuscheiden, als aufzunehmen, denn er hat viel zu viele Straßen in seinem Verband und die Last der Straßen ist in diesem Umfang für das Budget unberechtigt. — Es handelt sich da um Bignalstraßen, Straßen, die nur verbessert werden, wenn sie in einer gemeinschaftlichen Hand liegen, denn was thue ich mit einer Verbesserung, wenn die eine Gemeinde bis an den Rand der Gemarkung bessert und die andere 10 Jahre lang keinen Stein auf die Straße führt. Diese Dinge müssen gemeinschaftlich gemacht werden und dann werden auch die früheren Vergernisse (Begünstigung von Personen, Gemeinderäthen u.) wegbleiben. Diese Einrichtung hat sich so bewährt, daß der Kreis Heidelberg sie gleichfalls adoptirt hat und, wie ich mit Vergnügen gesehen habe, obwohl er anfangs die Unterhaltung der Straßen nur für einen dreijährigen Versuch angenommen hat, bei seiner letzten Zusammenkunft diesen Versuch als einen wohl gelungenen auf unbestimmte Zeit fortzusetzen beschlossen hat. — Nun, meine Herren, glauben Sie, daß es die einzigen Gegenstände sind, die die Kreise verwalten können, und glauben Sie, daß sie damit eine begrenzte Aufgabe haben? Zumal wenn sie noch andere Dinge, die landwirthschaftlichen Winterschulen, die Augenkranken, die Industrieschulen und manches andere, was auch von den Kreisen besorgt worden ist, ins Auge fassen, so finden Sie, daß damit ein Selbstverwaltungskörper genug zu thun hat. Sie können von einem Selbstverwaltungskörper nicht verlangen, daß er alle Tage 6, 8 Stunden arbeitet, sonst finden Sie Niemand dazu. Es gibt aber noch verschiedene andere nützliche Dinge, deren Einrichtung für die Bezirke recht wohlthätig wirken würde, die aber von den Kreisen entweder nicht geschehen konnten oder nicht in dem Umfange geschehen sind, wie sie geschehen könnten, wenn die Kreise nicht durch die übrigen Lasten in einer Weise in Anspruch genommen wären, daß die Steuern der Kreise ohnehin schon als zu hoch verschrien worden sind.

Ich will nur kurz noch der Kreis-Pflegeanstalten gedenken, bezüglich derer ich nicht einsehen kann, daß es ein Mißbrauch der Kreis-Pflegeanstalten sein soll, wenn auch Pfündungen darin vorkommen. Im Gegentheil, ich finde, daß das sehr nett ist, wenn Landgemeinden, die keine eigenen Pfündnerhäuser gründen können, Gelegenheit finden,

in den Kreisämtern auch die alten Leute unterzubringen. Es handelt sich nur darum, ob die Kreis-Pflegeanstalt so eingerichtet ist, daß diese alten Leute ein besseres Schicksal haben als in den Gemeinde-Armenhäusern, in denen es oft recht schlimm aussieht. Ich weiß also nicht, warum das nicht die Aufgabe der Kreise sein soll und man den einzelnen Kreiseingesessenen nicht 1/100 Pf. abfordern könnte, wenn man in dieser Weise einen Akt der Wohlthätigkeit übt, der den Genossen des ganzen Kreises zu gut kommt.

Nun, meine Herren, erlauben Sie mir noch kurz davon zu sprechen, wohin denn der Aufwand kommt, wenn die Kreise nicht mehr bestehen. Es steht das in enger Verbindung mit einigem, was der Hr. Abg. Röttinger gesagt habe. — Wir haben also als ersten Aufwand den Straßenaufwand. Ich muß zu meinem Bedauern hier erwähnen, daß bei der Aufhebung der Kreise, aber auch bei der Ausführung des Kommissionsantrags, wenn nämlich der ganze Aufwand auf den Staat übernommen werden soll, die Stadt Mannheim am meisten leidet. Der Straßenaufwand ist ein sehr großer. Sie sehen, er beträgt im Ordinarium für die Unterhaltung 446,000 M. glaube ich, und an Zuschüssen zu Neuherstellungen und Verbesserungen 180,000 M., also zusammen immerhin über 600,000 M., welche die Kreise zahlen. Dieser Straßenaufwand muß bezahlt werden, oder Sie müssen auch die Landstraßen abschaffen. Da Sie das Letztere nicht wollen und können, so muß der Aufwand von Jemand bezahlt werden, wenn ihn die Kreise nicht erheben, die ja nur die Erheber sind. Es wird also dieser Aufwand auf die Staatskasse fallen. Wenn dies der Fall ist, meine Herren, so werden Sie im nächsten Budget 600,000 M. jährlich, in zwei Jahren 1,200,000 M. mehr haben. Sie können sich denken, da unser nächstjähriges Budget auf große Ueberschüsse noch keinen Anspruch zu machen habe, daß diese Summe überhaupt vom Staat nach der Ausgleichung von Einnahmen und Ausgaben, wie sie bisher war, nicht bezahlt werden kann, ohne daß wir irgendwoher etwas Neues bekommen. Eine große Aussicht, daß wir uns an dem Tabakmonopol erholen könnten, das ja für Kommunalsteuern bestimmt ist, wird nicht vorhanden sein; jedenfalls nicht in einer solchen hohen Summe in den ersten Jahren; eine Aussicht, daß vielleicht unsere Staatsrenten sich so erheblich bessern, ist nach meiner Ueberzeugung auch nicht vorhanden; die direkten Steuern nehmen an sich viel zu langsam zu; nach den wiederholten in diesem Hause gehörten Äußerungen ist ja ein Nothstand im Gewerbe und in der Landwirtschaft; es wird also die direkte Steuer nicht in rascher Folge zunehmen; die indirekte Steuer ist bereits auf einer Höhe angelangt, wo, wie wir gesehen haben, sie überhaupt nicht oder nur sehr mäßig zunimmt. Ueberdies wirkt ja der behauptete Nothstand auch auf den Konsum ein. Die Weinsteuern allein könnten eine Hoffnung erregen; die Domänen erregen gar keine Hoffnung, weil die Holzpreise eher noch sinken als daß sie sich erhöhen; also können Sie sich denken, daß das Staatsbudget diese 600,000 M. eben irgendwoher sonst nehmen muß. Es wird sie nehmen müssen dadurch, daß in irgend einer Weise eine höhere Belastung des Landes eingeführt wird, oder, wenn das auch nicht der Fall sein sollte, daß wenigstens eine Minderbelastung unmöglich wird; denn wenn wir 600,000 M. übrig hätten, könnten wir wieder 1 Pf. an den direkten Steuern streichen, wenn

man nicht vorziehen würde, es den andern Steuerpflichtigen, die ich meinerseits namhaft machen würde nach meinem Geschmac, nämlich den armen Leuten an der Erwerbsteuer abzunehmen. Die Summe wird also in irgend einer Weise aufgebracht werden; sie wird sich nun statt unter den Kreisen unter das gesammte Land verteilen, und die Städte, die eine große Erleichterung hoffen, werden statt dieser den Löwenanteil abermals zahlen, insbesondere wird dieses die Stadt Mannheim treffen. Zufällig ist nämlich die Stadt Mannheim bei dem Straßenaufwand weitaus am geringsten von allen Städten des Landes theilhaftig. Der gesammte Straßenaufwand für den Kreis Mannheim macht bei dem hohen Steuerkapital nur ungefähr 1/2 Pf. auf 100 M., während er ja in den meisten andern Kreisen 1,6 Pf. beträgt. Der Kreis Mannheim wird also hier vorzugsweise von diesem Straßenaufwand getroffen. Er hat 1/2 der direkten Steuern und wenn Sie die indirekten Steuern dazu rechnen, so macht das noch einen größeren Bruchtheil, und er wird also in Zukunft 1/2 bezahlen müssen, statt daß er gegenwärtig nur 1/20 bezahlt.

Nun kommen noch die Landarmen. Was machen Sie mit diesen? Der Staat zahlt allerdings jetzt schon den größten Theil, er muß aber dann nach meiner Schätzung noch weitere 150,000 M. übernehmen. Wie wird der Staat das nun übernehmen? es wird wiederum ein schwerer Zuschlag zu seinen bestehenden Ausgaben sein, und Sie werden sich vor die Gefahr gestellt sehen, auch wegen des Landarmen-Aufwands, der ohnedies eine Behördenorganisation bedingt, die seither nicht existirt, wieder in die Staatskasse greifen zu müssen.

Das sind nun dennoch zwei Dinge, bei denen ich mit dem Kommissionsantrag für die Beseitigung stimme, wenn auch nur in dem Sinn, daß ich sage: die Last soll den Kreisen abgenommen werden, bei den Landstraßen vorbehaltlich des Rechts der Regierung, zu unterziehen, in welcher Weise die Sache dem Staatsbudget zufällt, ob ganz oder zu einem Theil. Aber was geschieht mit den Dingen, die die Kreise seither in der Selbstverwaltung besorgt haben? mit den armen Kindern? Diese machen in Mannheim einen Aufwand von etwa 40,000 M. Sie sind gleichzeitig ein Mittel der Ausgleichung für die, namentlich durch die Einführung der Erwerbsteuer etwas stark belastete Stadt Mannheim für die Theilnahme an den Buzinalstraßen, bei denen übrigens von den Gemeinden nach der Länge der Straßen namhafte Vorausbezüge erhoben werden. Diese armen Kinder fallen dann den Gemeinden zurück.

Es wird sich nun die Last wiederum etwas anders vertheilen. Diejenigen Gemeinden, die das Glück haben, reich zu sein, werden die Last wenig fühlen, die, die das Unglück haben, arm zu sein, wird die Last drücken. Soweit die großen Städte nach Ihrer Behauptung prägnant sind, werden Dasjenige, um was die großen Städte und die reichen Steuerpflichtigen wirklich weniger bezahlen, die Armen bezahlen müssen. Das wird die Folge dieser Veränderung sein; denn das ist nach meiner Meinung gerade der Werth der Kreisverfassung, daß die Reichen mehr zahlen müssen zu Gunsten der Armen und daß die Armen etwas empfangen, und das ist auch der Grund, warum ich glaube, daß die großen Städte das ganz gut über-

nehmen können und nicht sich zu beschweren Ursache haben, wenn auch etwas von dem, was bei ihnen ist, auf das Land hinaus geht. Das Land bringt auch Geld in die Städte hinein.

Bei den Buzinalstraßen wird derselbe Fall eintreten. Es sind wenige Kreise, die nicht Buzinalstraßen haben. Die Summen, welche in den Kreisen seither meistens für arme Gemeinden, namentlich in Konstanz, Freiburg, Heidelberg und auch in Mannheim aufgewendet worden sind, wird in Zukunft Niemand mehr aufwenden. Es wird den armen Gemeinden die Hoffnung auf bessere Straßen genommen, weil sie sie nicht selbst bezahlen können und Niemand mehr da ist, der sie ihnen bezahlt. Die Summen, die seither ausgleichungsweise auf die Buzinalstraßen verwendet worden sind, werden sich allerdings nicht mehr ausgleichen, wenn die großen Städte den Betrag, den sie vielleicht seither zuschießen, zurückziehen. Der Aufwand wird auf die Gemeinden fallen, die seither erleichtert waren, weil sie größere Straßenlängen von Buzinalstraßen hatten. Die Gemeinden werden ihre Straßen lediglich selbst bezahlen müssen und wieder schlechtere Buzinalstraßen bei höheren Umlagen haben.

Das wird der weitere Effekt der Aufhebung der Kreise sein. Die kleineren Zureisen, von denen die Rede war, die Augenkranken, die Industrielehrerinnen, die Zuschüsse zu gewissen Schulen werden verschwinden; es werden die Gemeinden entweder die betreffenden Schulen ausgeben müssen, oder sie aus der eigenen Tasche bezahlen. Es werden die Augenkranken wahrscheinlich nicht mehr mit der Höflichkeit von den Bürgermeistern in die Augenheilkunst geschickt, wie jetzt, wo es der Kreis bezahlt, sie werden vielleicht auch gar nicht mehr hingeschickt. Es werden die landwirtschaftlichen Winterschulen, die immerhin ein namhaftes kulturelles Element sind, wo sie besucht werden, für die Landgemeinden bald aufhören müssen, weil sie Niemand mehr unterhält; oder es muß sie der Staat übernehmen. Es werden andere Zwecke gleichfalls verschwinden. Was wird also die Folge der Aufhebung sein? Sie werden einige Zwecke, die Ihnen wirklich am Herzen liegen können, die größtentheils der Armut und den ärmeren Gemeinden zu gut kommen, beseitigen, um eine angebliche Ausgleichung zu Gunsten der Reichen zu machen.

Meine Herren! Ich habe auch ein warmes Herz für das Volk und kein schlechtes für die Reichen, aber so lange ich dafür reden kann, werde ich dafür reden, daß man die Interessen der armen Bevölkerung nicht verlegt, um eine vermeintliche Gleichheit in einer Sache, in der die Kreise selbst es in der Hand haben, wie weit sie es für gut finden, die Armen zu begünstigen oder nicht, herzustellen. Ich werde auch nicht dafür stimmen, daß dem badischen Volk das Zeugniß ausgestellt wird, daß es unfähig sei, die einzige Institution der Selbstverwaltung, welche bis auf den heutigen Tag besteht, zu behalten.

Ich werde aus diesen Gründen entschieden gegen die Aufhebung der Kreisverfassung stimmen. (Schluß folgt.)

Badische Chronik.

Zahr, 29. April. Durch die Ueberfiedelung des Hrn. Fabrikanten Georg Heimbürger nach Karlsruhe verliert die Handelskammer ihren langjährigen Präsidenten und wird eine Ersatzwahl nöthig, die am 3. Mai stattfinden soll.

Handel und Verkehr.

Handelsberichte.

D. Frankfurt, 29. April (Börse) vom 22. bis 29. April. Nach dem letzten Aufschwung ist die Börse in ruhigeren Bahnen eingelenkt und das Geschäft hat in den letzten Tagen im Großen und Ganzen merklich abgenommen. Die unter dem Einfluß der Pariser Bankrotte anfangs der Woche eingetretene Abschwächung machte am Montag auf Wiener Impulse wieder einer Besserung Platz. Die Bewegung wurde durch verschiedene Momente gestützt, so wollte man unter Anderem wieder einmal wissen, daß die Demission Ignatieff's unmittelbar bevorstehe. Neben Kreditaktien waren auch Staatsbahnaktien in guter Nachfrage, die in dem Abschluß eines Vertrags der Verwaltung mit der ungarischen Regierung, theilweise die internationalen Anschläge betreffend, ihre Begründung fand. Das Effect konnte indes keine Advance nicht behaupten und war bis zum Schlusse unserer Berichtsperiode wieder rückgängig, da sich herausstellte, daß jener Vertrag ohne Kenntniß der österreichischen Regierung mit Ungarn abgeschlossen worden sei. Die günstige Tendenz vermochte bis zum Ultimotage die Oberhand zu behaupten und wurde durch die Geschäftsunlust, wie es scheint, nicht wesentlich beeinträchtigt. Es genügt, daß die Kaufspeculation einigermaßen in Thätigkeit trat, und eine successive Steigerung der Preise herbeizuführen, in dem die Kontremine fortgesetzt, große Indolenz an den Tag legte. Der Glaube, daß die Rothschildgruppe im Hinblick auf die beabsichtigte Ungarrente-Konversion, vorläufig ein Interesse daran habe, das hohe Kursniveau zu konserbiren, hält die Bauffiere augenscheinlich von dem Eingehen größerer Engagements zurück. Auch die Fiobsposten aus Rußland — so wurde eine Feuersbrunst in dem südlichen Viertel von Kamenez gemeldet, übten wenig Einfluß aus; ebenso machte die Demission

des gemeinsamen österreichisch-ungarischen Finanzministers Slavy nur geringen Eindruck. Im heutigen Verkehr wurde durch die zunehmende Geschäftslosigkeit schließlich eine Abschwächung der Kurse hervorgerufen, da es sichtlich an einer Anregung von irgendwelcher Bedeutung fehlte, um das höhere Niveau festhalten zu können. Die gestrige Ultimotage blieb ohne Schwierigkeiten vorüber. Geld für Polongationen stellte sich auf circa 5 Proz. Erwähnenswerth ist noch, daß Lombarden, nachdem der Vorschlag einer Dividende von 4 Franc ein fait accompli geworden ist, in den letzten Tagen eher offerirt waren. Kreditaktien bewegten sich zwischen 288 1/2 und 290 1/2. Staatsbahn-Aktien wurden a 287 1/2 und 279 gehandelt. Galizier gingen a 261 1/2 und 262 um. Lombarden wurden a 122 1/2 und 120 1/2 umgelegt. Dester. Bahnen haben in der Mehrzahl im Kurse etwas angezogen. Buchsthebrader stiegen 2 fl. Raab-Gratz 2 1/2 fl. Böhm. West 1 1/2 fl., Donau-Drav 1 1/2 fl. Dur-Bodenbach gaben in Folge der Stilles im Kohlenrevier 1/2 fl. nach. Auch Nordwest und Elbtal sind matter. Deutsche Bahnen hielten sich fest. Breslau-Schweidnitz, Freiburger bestanden sich 1 1/2 Proz., Oberösterreichische 1/2 Proz., Rechte-Deutscher 1 1/2 Proz., Werrabahn 2 Proz., Hess. Ludwigsbahn gefragt und 1 1/2 Proz. höher. Von Schweizerischen Bahnen hoben sich Gotthard 1 1/2 Proz. und Centralbahn 4 1/2 Proz. Dester. Prioritäten fest. Von ausländischen Staatsfonds waren Dester. Gold- und Silberrente etwas besser, Papierrente matter, Ungar. Renten angehen. Russen matter. Spanier stellten sich auf Londoner Kurse ca. 1 1/2 Proz. höher. Renten verkehrten in recht fester Haltung. Disconto-Commanbit wurden lebhaft gehandelt und gewannen ca. 4 Proz., Darmstädter 1 1/2 Proz., Deutsche Bank 1/2 Proz. Deutsche Handelsgesellschaft sind 2 Proz. höher. Der Geschäftsbericht pro 1881 konstatiert eine weit fortgeschrittene Konsolidirung des Instituts. Deutsche Fonds fest. Pfandbriefe in gutem Be-

geh. Der von der deutschen Hypothekbank in Meiningen emittirte Betrag von 5 Millionen 4 Proz. Pfandbriefe wurde bei dieser Woche stattgefundenen Subscription vollständig genommen. Loose wenig verändert. Kassauer schlossen 6 M. höher. Von Wechseln Paris höher, Wien und London niedriger. Privatdisconto 3 1/2 Proz. Mannheim, 28. April. Die heutige Generalversammlung der Badischen Alkali- und Sodafabrik genehmigte die Anträge des Aufsichtsrathes, wonach eine Dividende von 20 Proz. (= 120 M.) per Aktie vertheilt wird, nachdem 1,438,421 Mark auf Abschreibungen an Liegenschaften, Bauten und Apparaten verwendet, dem Reservefond 392,542 M. und dem Unterstüfungsfond für Angestellte 60,000 M. zugewiesen worden, auf neue Rechnung wurden 468,661 M. 62 Pf. tantiemenfest vorgezogen. Bis jetzt sind (seit 1873) 11,043,736 M. abgeschrieben worden. Der Reservefond hat jetzt eine Höhe von 1,712,925 M., der Unterstüfungsfond von 282,866 M. Die aus dem Aufsichtsrath statutenmäßig austretenden Herren Konrad Feil und Konrad Hartogens wurden einstimmig wiedergewählt, desgleichen die seitherige Revisionskommission. Die Dividende kommt vom 1. Mai ab bei den bekannten Bankstellen, in Mannheim bei der Rheinischen Kreditbank und Herren W. S. Vadenburg u. Söhne zur Auszahlung. (M. F.) New-York, 29. April. (Schlußhefte.) Petroleum in New-York 7 1/2, dto. in Philadelphia 7 1/2, Wehl 5.15, Rother Winterweizen 1.47 1/2, Mais (old mixed) 83, Savanna-Ruder 7 1/2, Kaffee, Rio good fair 9 1/4, Schmalz (Wilcox) 11 1/2, Speck 11, Getreidefracht 1 1/2. Baumwoll-Zufuhr 4000 B., Ausfuhr nach Großbritannien 6000 B., dto. nach dem Continent 6000 B. Verantwortlicher Redakteur: F. Kellner in Karlsruhe.

Frankfurter Kurse vom 29. April 1882.

Staatspapiere.		Eisenbahn-Aktien.		Börse in London.		Wechsel und Renten.	
Baden 3 1/2 Obligat. fl. 98	Schwed. 4 in W. 99 7/8	4 Pfälz. Nordbahn fl. 97 1/2	5 Borsalberger fl. 84	4 Wein-Br. Pfdb. Thlr. 100 118 1/2	1 Paris = 80 fl. 1 1/2 = 20 fl. 1 Dollar = 4.25 fl. 1 Silberrenten = 4.25 fl. 20 fl. 1 Mark = 100 fl.	4 Dufant 9.51-56	4 Dufant 9.51-56
Bayern 4 Obligat. M. 101 1/2	Span. 1 1/2 Ausl. Aut. Pfst. 28 1/2	4 Rhein. Ober-Unt. Thlr. 175 1/2	5 Gotthard-III Ser. Fr. 100 7/8	3 Döbener Thlr. 40 124 1/2		20 Fr. = St. 16.22-26	20 Fr. = St. 16.22-26
Deutsch-Rheinl. M. 101 1/2	Schw. 4 1/2 Bern v. 1877 fl. 102 1/2	6 Rhein-Stamm Thlr. 162 1/2	4 Schweiz. Central 94 1/2	4 Dester. v. 1854 fl. 250 113 1/2		Russ. Imperials 16.70-75	Russ. Imperials 16.70-75
Preußen 4 1/2 Conf. M. 104 1/2	4 1/2 Bern 1880 fl. 99 1/2	4 Thüring. Lit. A. Thlr. 215 1/2	3 Süd-Romb. Prior. Fr. 99 1/2	5 v. 1860 " 500 121 1/2		Sovereigns 20.37-42	Sovereigns 20.37-42
Sachsen 3 1/2 Rente M. 80 1/2	R. Amer. 4 1/2 C. pr. 1891 D. 113	5 Böhm. West-Bahn fl. 264 1/2	3 Süd-Romb. Prior. Fr. 56 1/2	4 Raab-Gratz Thlr. 100 93 1/2		Städte-Obligat. und Industrie-Aktien.	Städte-Obligat. und Industrie-Aktien.
Würt. 4 1/2 D. v. 78/79 M. 105 1/2	R. Amer. 4 C. pr. 1907 D. 118	5 Gal. Karl-Ludw.-B. fl. 263 1/2	5 Dester. Staatsb.-Prior. fl. 105 1/2	4 Unverzinsliche Zoof. Pfdb. St. 212.-		4 Karlsruhe Obl. v. 1879 100 1/2	4 Karlsruhe Obl. v. 1879 100 1/2
4 Dbl. M. 102	4 1/2 Deutsche-R. Bank M. 148 1/2	5 Dester. Franz-St.-Bahn fl. 281	3 dto. I-VIII B. Fr. 76 1/2	4 Badische fl. 35-Roofe 212.-		4 Mannheim Obl. 101	4 Mannheim Obl. 101
Desterreich 4 Goldrente 80 1/2	4 1/2 Badische Bank Thlr. 116 1/2	5 Dester. Süd-Kombard fl. 122 1/2	3 Livor. Lit. C. D. 1 u. D. 2. 55 1/2	4 Braunsch. Thlr. 20-Roofe 98.30		4 Baden-Baden 101 1/2	4 Baden-Baden 101 1/2
4 1/2 Silberrente fl. 65 1/2	4 Darmstädter Bank fl. 164 1/2	5 Dester. Nordwest fl. 178 1/2	5 Toscan. Central Fr. 89 1/2	4 Dester. fl. 100-Roofe v. 1864 326.60		4 Heidelberg Obligat. —	4 Heidelberg Obligat. —
4 1/2 Papierrente fl. 64 1/2	4 Disc.-Kommand. Thlr. 214 1/2	5 Lit. B. fl. 191 1/2	5 Pfandbriefe.	4 Dester. Kreditloose fl. 100		4 Freiburger Obligat. —	4 Freiburger Obligat. —
5 Papier v. 1881 78 1/2	5 Frankf. Bankverein Thlr. 107 1/2	5 Rudolf fl. 142	4 1/2 Rh. Hyp.-Bl. Pfdb. S. 30-32.	von 1858 338.-		4 Konstanzer Obligat. —	4 Konstanzer Obligat. —
Ungarn 5 Goldrente fl. 101 1/2	5 Rhein. Kreditbank Thlr. 118 1/2	4 Eisenbahn-Prioritäten.	4 Brest. Cent.-Bod.-Cred. 98 1/2	Ungar. Staatsloose fl. 100 227.-		4 Stuttgarter Obligat. —	4 Stuttgarter Obligat. —
Italien 5 Rente fl. 75 1/2	5 D. Effekt- u. Wechsel-B. 40 1/2 einbezahlt Thlr. 134 1/2	4 Hess. Ludw.-B. M. 99 1/2	4 Brest. Cent.-Bod.-Cred. verl. a 110 M. 112 1/2	4 Ansbacher fl. 7-Roofe 34.30		4 Esslinger Spinnerei o. B. —	4 Esslinger Spinnerei o. B. —
Rumänien 5 Oblig. M. 102 1/2	4 Heilbr. Bankverein Thlr. 107 1/2	4 Pfälz. Ludw.-B. M. 100 1/2	4 1/2 Dester. B.-Cred.-Anst. fl. 101 1/2	4 Augsburger fl. 7-Roofe 27.70		4 Karlsruhe Maschinenf. dto. 107 1/2	4 Karlsruhe Maschinenf. dto. 107 1/2
Rußland 5 Obl. v. 1862 fl. 84 1/2	5 Dester. Kredit-Anstalt fl. 295 1/2	5 Elisabeth-Gisela fl. 86 1/2	5 Russ. Bod.-Cred. S.R. 82	4 Freiburger Fr. 15-Roofe 28.90		4 Bad. Zuckerfabr. ohne B. 105	4 Bad. Zuckerfabr. ohne B. 105
5 Dbl. v. 1877 M. 86 1/2	5 Rhein. Kreditbank Thlr. 118 1/2	5 Lina-Ludw. fl. 87 1/2	4 1/2 Süd-Romb.-Gr.-Pfdb. 100	4 Rastatter Fr. 10-Roofe 14.70		4 Deutsh. Phön. 20% C. 177	4 Deutsh. Phön. 20% C. 177
5 Orient. Obl. M. 57 1/2	4 Heilbr. v. 1862 fl. 84 1/2	5 Franz-Josef v. 1867 fl. 87	4 1/2 Süd-Romb.-Gr.-Pfdb. 100	4 Weininger fl. 7-Roofe 27.40		4 Rh. Hypoth.-Bank 50% C. —	4 Rh. Hypoth.-Bank 50% C. —
4 Conf. v. 1880 fl. 71 1/2	4 Heilbr. Ludw.-Bahn Thlr. 102 1/2	4 1/2 Gal. C.-Lud.-IV. C. fl. 85 1/2	4 1/2 Süd-Romb.-Gr.-Pfdb. 100	4 Schwed. Thlr. 10-Roofe —		4 Reichsbank Disc. 4%	4 Reichsbank Disc. 4%
	4 Heilbr. Friedr.-Franz M. 164 1/2	5 Bayer. Grenz-Bahn fl. —	4 1/2 Süd-Romb.-Gr.-Pfdb. 100	4 Wechsel und Renten.		4 Frankf. Bank Disc. 4%	4 Frankf. Bank Disc. 4%
	3 1/2 Oberösterreich. St. Thlr. 244 1/2	5 Dester. Nordw. Gold-Dbl. M. 104 1/2	4 1/2 Süd-Romb.-Gr.-Pfdb. 100	Paris kurz Fr. 100 81.-		Tendenz: sehr fest.	Tendenz: sehr fest.
	4 1/2 Pfälz. Nordbahn fl. 126 1/2	5 Dester. Nordw. Lit. A. fl. 87 1/2	4 1/2 Süd-Romb.-Gr.-Pfdb. 100	Wien kurz fl. 100 170.-			
		5 Dester. Nordw. Lit. B. fl. 86 1/2	4 1/2 Süd-Romb.-Gr.-Pfdb. 100	Amsterdam kurz fl. 100 169.50			
			4 1/2 Süd-Romb.-Gr.-Pfdb. 100	London kurz 1 Pf. St. 20.44			

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.